

Herrn
amtsführenden Stadtrat
der Geschäftsgruppe
Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
Mag. Jürgen Czernohorszky

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag.a Laura Sachslehner, BA (ÖVP) und Mag. Manfred Juraczka (ÖVP) an Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Klima, Umwelt, Demokratie und Personal) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

betreffend Kampf gegen den Antisemitismus in den Staatszielbestimmungen der Stadtverfassung

Das Land Wien, zugleich auch Gemeinde, ist eines von zwei Bundesländern, welches in seiner Landesverfassung (in der Wiener Stadtverfassung) keine Staatszielbestimmungen bzw. „Stadtzielbestimmungen“ und Wertepostulierungen enthält. Alle anderen Bundesländer haben solche für das politische Selbstverständnis wichtige Bestimmungen eigens normiert. Es steht Wien in seiner Eigenschaft als Gemeinde und Bundesland, als Bundeshauptstadt und als seit Jahrhunderten Millionen Menschen Freiheit und Schutz bietender Metropole gut an, sich in der Wiener Stadtverfassung einen Staatsziel- bzw. „Stadtziel“- und Wertekatalog zu geben, welcher die Menschenwürde, die Freiheit und Selbstbestimmtheit des Menschen sowie die Schutzfunktion des staatlichen Handelns in eindeutigen und selbstbewussten Worten festschreibt.

Insbesondere sollte der Kampf gegen den Antisemitismus in der Stadtverfassung verankert sein, da die Stadt Wien in einer besonderen historischen Verantwortung steht, gegen jegliche Formen des Antisemitismus aufzutreten.

Die einschlägigen Bestimmungen sollen im Rang eines Landesverfassungsrechtes stehen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss-(Resolutions)Antrag:

Der Wiener Gemeinderat appelliert an den Wiener Landtag bzw. Wiener Landesgesetzgeber, im Sinne der obigen Begründung im Interesse der Stadt bzw. des Landes Wien, nicht zuletzt als Arbeitsplatz- und Wirtschaftsstandort, folgende Staatszielbestimmungen bzw. Stadtzielbestimmungen in die Wiener Stadtverfassung – WStV (als § 1a) aufzunehmen:

§ 1a (Verfassungsbestimmung)

(1) *Wien ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.*

(2) *Die Achtung und Sicherung der Freiheit und der Würde des Menschen ist Grundlage des staatlichen Handelns der Organe der Gemeinde und des Landes Wien. Frauen und Männer sind gleichberechtigt.*

(3) *Wien bekennt sich zur Förderung der Entfaltung der Wirtschaft auf Grundlage der sozialen Marktwirtschaft und achtet das freie Unternehmertum als Ausfluss der Freiheit und Selbstbestimmtheit des Menschen. Der Schutz des Eigentums ist zu gewährleisten und die Eigentumsbildung ist durch geeignete Maßnahmen zu fördern.*

(4) *Wien fördert den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und bekennt sich auf Grundlage der Eigenverantwortung der Menschen zu Maßnahmen zur Förderung der sozialen Sicherheit und zum Schutz jener Menschen, die aufgrund von Krankheit, Behinderungen und sonstiger Gründe eine besondere Hilfsbedürftigkeit aufweisen. Die Unterstützung zur Selbsthilfe der Menschen und Bevölkerung insgesamt ist zu fördern.*

(5) *Wien achtet und fördert die Familie als wichtige Grundlage der Gesellschaft und als Garant für deren Zukunft und Zusammenhalt. Die Achtung und Förderung der Rechte des Kindes im Sinn der UN-Konvention über die Rechte des Kindes sind maßgebliche Grundlage allen staatlichen Handelns. Wien schützt junge Menschen und fördert eine kinder- und jugendfreundliche, friedliche Gesellschaft. Wien unterstützt Eltern in ihrer Pflicht, die Kinder zu pflegen und zu erziehen und achtet die Vorrangigkeit des Erziehungsrechtes der Eltern und fördert nach Maßgabe der Gesetze Einrichtungen zur Unterstützung der Erziehung, Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen.*

(6) *Wien unterstützt Maßnahmen, die geeignet sind, den Interessen der älteren Generation in bestmöglicher Weise zu entsprechen und ein Altern in Würde zu sichern.*

(7) Ehrenamtlichkeit sowie die Tätigkeit von Freiwilligen im Dienst der Allgemeinheit als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhaltes wird von den Organen der Stadt und des Landes Wien anerkannt und unterstützt.

(8) Die Stadt Wien hat die Entfaltung der Wirtschaft unter Berücksichtigung sozialer, ökologischer und regionaler Notwendigkeiten zu fördern. Dabei kommen dem Wachstum, der Beschäftigung und einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort besondere Bedeutung zu.

(9) Wien bekennt sich zum Klimaschutz und zum ökologischen und nachhaltigen Handeln seiner Organe. Wasser ist als Lebensgrundlage nachhaltig zu sichern.

(10) Bei der Besorgung der Aufgaben der Gemeinde und des Landes Wien ist nach den Grundsätzen der Gesetzmäßigkeit, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit vorzugehen. Die angewendeten Mittel müssen den Zielen angemessen sein. Wien bekennt sich zur Informationsfreiheit. Der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zum Recht und zu Informationen der Verwaltung ist zu gewährleisten und so leicht wie möglich zu gestalten.

(11) Förderungsleistungen der Gemeinde und des Landes Wien sollen nur so weit vorgesehen werden, als deren Finanzierung und die Finanzierung anderer Anforderungen an den Landeshaushalt unter Bedachtnahme auf die bestehenden und voraussehbaren künftigen finanziellen Möglichkeiten des Landes gesichert ist. Die Förderungsleistungen sollen die Eigenverantwortung des Einzelnen im Sinn von Eigeninitiative oder Selbsthilfe, auch in der Form von Selbstverwaltung, unterstützen oder Anreize zur Erreichung landespolitisch hochrangiger Ziele bieten.

(12) Wien achtet und schützt sein kulturelles und historisches Erbe sowie sein historisch gewachsenes Ortsbild unter der Maßgabe, neue architektonische Einflüsse zu integrieren. Als hervorragende Zielsetzung des Handelns der Stadt Wien gilt der Schutz ihres Weltkulturerbes, insbesondere der Schutz der Weltkulturerbestätten „Historisches Stadtzentrum“, „Schloss und Park Schönbrunn“ sowie der das Stadtbild prägenden Stadtlandschaften. Ihm kommt im Handeln der Stadt ein vorrangiges öffentliches Interesse zu.

(13) Die Stadt Wien bekennt sich zu ihrer besonderen historischen Verantwortung und verurteilt jegliche Form des Antisemitismus. Dies kommt umfassend im Handeln der Stadt zum Ausdruck, u.a. in der Gesetzgebung, der Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit oder als Fördergeber und Auftragsgeber.

(14) Die deutsche Sprache ist, unbeschadet der den sprachlichen Minderheiten bundesgesetzlich eingeräumten Rechten, die Landessprache.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

28.06.2023

